



Erscheint wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend
Nachmittag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 0.90 RM., frei
ins Haus, einschließlich der Postgebühren. Die Frau und ihre Welt,
Der heitere Alltag, Bräutliches Wissen für Alle, Unterhaltungsbefragungen.
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer
Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.

Anzeigen werden die sechsgepaltene 3mm hohe (Netto) Zeile oder deren
Raum mit 15 Pf. berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Wiederholung ent-
sprechen er Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pf. Verbindlichkeit
für Abz., Datumschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmestellen
für Offerten und Auskunft beträgt 15 Pf. Zeitungsbeilagen werden billiger
berechnet. Zahlungen an Postkonten Frankfurt am Main Nr. 20771

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Kampf um den Ostasien-Bericht

Neue Austritts-Drohung Japans - Wiedereröffnung der Völkerbundsversammlung Anfang Februar

Die Sorge in Südtirol

Berlin, 24. Januar.

Während der Schnee Südtirol bis tief in die Täler hin-
ab in sein weißes Winterkleid hüllt, sieht man mit Sorgen
den nun bald beginnenden Frühlingseisen entgegen. Schon
müßte in Meran ein ganz anderes Leben und Treiben
herrschen, als es der Fall ist. Dort zur Zeit die Hotel-
betten durchschnittlich nur zu vierzehn vom Hundert besetzt.
Bei dem an und für sich schwachen Fremdenbesuch, dessen
hohes Kontingent die Deutschen stellen, ist obendrein ein
hartes Abwandern aus den Hotels und Pensionen in die
Privatwohnungen zu beobachten.

Die wenigen Kurgäste, die noch kommen, schränken sich
in ihren nicht unbedingt notwendigen Bedürfnissen aufs
äußerste ein, was die Kaufmannschaft natürlich in erster
Reihe zu fühlen bekommt. Im vergangenen Jahr ist die Zahl
der Aufenthaltstage der Fremden um 17 v. H. zurückgegan-
gen, während die Einnahme aus der Kurzeit von 939 000
auf 687 000 Lire, also um 27 v. H. sank, dies infolge der
härteren Nachfrage billiger Unterkunftsstätten, für die die
Kurorte zwei statt drei Lire beträgt.

Eine Vergleichung der einzelnen Saisonzeiten mitein-
ander würde ausweisen, daß dabei der Sommer mit seinem
harten Ausfliegerverkehr aus Deutschland noch verhältnis-
mäßig gut war; denn der Krisenommer 1931 hatte den
für Südtirol entscheidenden deutschen Fremdenstrom fast
zum Verliegen gebracht. Der Rückgang trifft also die eigen-
tliche Hauptzeit, die in normalen Zeiten die Einnahmen
brachte, mit voller Wucht, und das scheint nach den bisherigen
Anzeichen in den kommenden Monaten verschärft der Fall
sein zu sollen.

Neben der allgemeinen Krisenlage ist es natürlich die
Bestimmung, daß jeder Deutsche monatlich nur 200 Mark
über die Grenze mitnehmen darf, die die Schwierigkeiten
verursacht. Mit 200 Mark läßt sich wohl als Tourist, nicht
aber als Kurgast mit etwas weitergehenden Ansprüchen le-
ben. Tatsächlich haben die Deutschen im vergangenen Som-
mer zahlreicher denn vorher Südtirol aufgesucht, während
die Güter aller anderen Nationen zurückging. Dafür ist
man in Südtirol den Deutschen auch dankbar, aber die eigen-
liche Sorge richtet sich auf die kommenden Monate der
Hauptzeit. Verlangt sie, werden zahllose Existenzen in der
Gegend zusammenbrechen.

In Südtirol verlangt man, daß die italienische Regie-
rung ernsthafter mit der deutschen verhandeln soll, um diese
Devisenbeschränkung zu lockern, ähnlich wie Österreich, die
Schweiz und Frankreich Vergünstigungen durch Deutschland
erlangt haben. Ein Südtiroler Blatt schrieb dieser Tage:

„Was für eine enorme Reklame wäre es, wenn wir
folgendes Inzert in deutschen Zeitungen aufgeben könnten:
200 Mark bewilligt für Italienreisen! Merans reizvoller
Frühling lädt ein. Sonne - Ruhe - Erholung! Abgebaute
Freie!“

Wir Deutschen, die wir immer mit dem harten Los
Südtirols in besonderem Grade empfunden haben, wün-
schen unseren Vorgesetzten jenseits der Alpen von Herzen,
daß ihnen gelingen werde. Und wenn sich ein gangbarer
Weg fände, der eine Lockerung der Devisenbestimmungen
für Reisen in dies Gebiet ermöglichte, würden wir es sehr
bedauern.

Aber Italien, dem Südtirol anvertraut ist, hat auch eine
große Pflicht, abgesehen von wirtschafts- und finanzpoliti-
scher Gerechtigkeit. Was Deutschland Südtirol zuwendet,
kommt letzten Endes der gesamten italienischen Wirtschaft
zugute. Wir müssen und können verlangen, daß Italien
das Deutschland Südtirols so behandelt, daß es uns nicht
in beständiger Schmerz ist, ihrer Entbehrung machlos
wischen zu müssen. Die Deutschen und Österreicher stellen
noch immer den stärksten Anteil der Aufenthaltstage im
Gesamte und in Meran.

In Meran kamen aus Reichsdeutschland im letzten Jahr
404 119, aus Österreich 167 637, aus Italiener dagegen
nur 80 188, Engländer 56 487, Franzosen 5694, Skandinavi-
en 34 888 usw. Aufenthaltstage. Dabei hatten die Deut-
schen gegenüber dem Vorjahre um 70 000 zugenommen,
dagegen die Italiener um über 41 000 Tage abgenommen!

Wir erkennen gern an, daß sich die Verkehrs- und
Sicherheitsverhältnisse in Italien von Jahr zu Jahr bessern
und daß die Italiener uns mit ausgeführter Höflichkeit und
Zuvorkommenheit behandeln. Aber das ist ja auch durch-
aus in ihrem Interesse.

Möchte Italien uns die Freude bereiten, endlich einmal
die unwürdige Entnationalisierungspolitik einer gerechten
Behandlung der Südtiroler Deutschums weichen zu lassen,
die für beide Nationen eine wertvolle Brücke des Friedens
und der Freundschaft sein würde. Vor allem muß der
Kampf gegen die deutsche Sprache ein Ende nehmen. Nach
dem königlichen Dekret vom 27. August v. J. in Kraft,
das weittragende Ausnahmebestimmungen auf dem Gebiete

des Schulwesens für Südtirol und insbesondere einen schwe-
ren Anschlag gegen die Seelsorge in der Muttersprache ent-
hält. Um die Italienisierung der deutschen Kinder mit noch
größerem Nachdruck als bisher betreiben zu können, wurde
das italienische Schulamt in Trient, dem das Unterrichts-
wesen in Deutsch-Südtirol untersteht, von allen im Ge-
setz vorgesehenen Beschränkungen bei Anstellungen, Versetzungen
und Entlassungen von Lehrern befreit und dieser gegen die
Deutschen Südtirols mit besonderer Geschäftigkeit amtierenden
Behörde unbeschränkte Vollmacht zur Neuorganisation des
Schulwesens erteilt. Um aus ganz Italien die besten Lehr-
kräfte in das „Kolonialland“ Südtirol zu locken, werden
ihnen allerlei Benefizien angeboten. Noch schwerwiegender
und weittragender sind die den Religionsunterricht betreffen-
den Bestimmungen dieses Dekretes. Auf diese Weise soll
erreicht werden, daß der gesamte Unterricht in italienischer
Sprache erteilt und die deutsche Muttersprache der Kinder
völlig aus dem Unterricht verdrängt wird. Ehe diese bruta-
len Gewaltmaßnahmen gegen das ureigenste Recht jedes
Volkes nicht fallen, wird in Südtirol niemals Ruhe und
Frieden eintreten, werden auch die Beziehungen zwischen
Deutschland und Italien immer getrübt bleiben.

Feststellungsverfahren

Meinungsverschiedenheiten im Neunzehnerausschuß über das
weitere Vorgehen. - Redaktionsausschuß eingeleitet.

Genf, 24. Januar.

Der Neunzehnerausschuß hat, nachdem seine Vermitt-
lungsbemühungen im chinesisch-japanischen Konflikt, die er
auf Grund des Artikels 15, Absatz 3, des Völkerbundsstatuts
unternommen hatte, trotz einhalbjähriger Dauer nicht das
geringste Ergebnis erzielt haben und damit gescheitert sind,
mit der Vorbereitung des Schlussberichts an die außerordent-
liche Völkerbundsversammlung begonnen.

Das Völkerbundssekretariat hatte einen Entwurf ausge-
arbeitet, der aber vom Ausschuss als Diskussionsgrundlage
nicht angenommen wurde. Über den Inhalt und die Form
des Berichts, insbesondere über die Verwertung des Option-
Berichts hierbei ergaben sich erhebliche Meinungsverschie-
denheiten. Die Vorschläge, die der Bericht zu enthalten hat,
wurden überhaupt nicht beprochen.

Einige Regierungen, besonders die englische, verlangen,
daß die Vorschläge des Option-Berichts als die alleinige
Grundlage der weiteren Entscheidung angenommen werden,
während andere Regierungen, darüber hinausgehend, die
offizielle Feststellung des völligen Scheiterns aller Versöh-
nungsversuche und eine endgültige Entscheidung des Völker-
bundes, unabhängig von der japanischen Regierung fordern.

Der Ausschuss beschloß, zunächst einen engeren neun-
gliedrigen Redaktionsausschuß einzuleiten, dem Deutschland,
England, Frankreich, Italien, die Schweiz, Tschechoslowakei,
Belgien, Spanien und Schweden angehören und der einen
Vorschlag für den Bericht ausarbeiten soll.

Eine Entscheidung über die Einberufung der Völker-
bundsversammlung, die das Scheitern des Versöhnungsver-
fahrens offiziell feststellen soll, ist bisher nicht gefallen; je-
doch rechnet man mit einem Zusammentritt der außerordent-
lichen Völkerbundsversammlung für die nunmehr unver-
meidlich gewordene endgültige Stellungnahme zum Konflikt
für Anfang Februar.

Das Echo in Japan

„Die Existenz des Mandchukuo-Reiches eine unabänderliche
Tatsache.“

Tokio, 24. Januar.

Die Einstellung der Vermittlungssaktion des 19er-Aus-
schusses wird in Tokio als Ablehnung des letzten japanischen
Vorschläges angesehen. Die allgemeine Ueberzeugung geht
dahin, daß Japan aus dem Völkerbund austreten oder zu-
mindest seine Delegation abzurufen werde, falls Genf nun-
mehr das Verfahren nach Art. 15 Abs. 4 anwenden sollte.

In amtlichen Kreisen wird zu dem Gerücht, daß der
Völkerbund Japan empfehlen werde, die Anerkennung der
Mandchukuo zurückzuziehen, erklärt, die Existenz der Mand-
chukuo sei eine unabänderliche Tatsache, die weder durch
Wort noch Schrift abzutreten sei. Die Mandchukuo sei kraft
des Selbstbestimmungsrechtes der Völker entstanden. Die
Anerkennung eines Staates könne auf Grund des Völker-
rechts von Dritten weder angefochten noch ignoriert werden.

Abrüstungsbüro tagt

Aussprache über die Tagesordnung des Hauptausschusses.
- Private Besprechungen der Großmächte.

Genf, 24. Januar.

Der neue Tagungsabschnitt der Abrüstungskonferenz,
der wiederum eine große Zahl von Diplomaten und mili-

tärs am Genfer See zusammengeführt hat, begann mit
einer Sitzung des Büros, d. h. des Präsidiums, dem außer
dem Präsidenten Henderson, dem Vizepräsidenten Politis
und dem Generalberichterstatter Dr. Benech die Vertreter
der sieben Großmächte und einer Anzahl kleinerer Mächte
angehörten.

Dieses Gremium, das die Konferenzarbeiten zu leiten
hat, beschäftigte sich zunächst neben verschiedenen Formalien
mit der Tagesordnung des Hauptausschusses, der am 31.
Januar zusammentreten und endlich die so oft unterbrochenen
und schließlich ganz zum Stillstand gekommenen sachlichen
Beratungen wieder aufnehmen soll.

Die achtstägige Frist, die dieser öffentlichen Sitzung der
Konferenz noch vorangehen soll, zeigt, daß man ihre ein-
gehende Vorbereitung durch Besprechungen zwischen den
nunmehr in Genf anwesenden Vertretern der Hauptbetei-
ligten für unbedingt notwendig hielt. Wenn in den letzten
Wochen von einer neuen Fünf-Mächte-Konferenz gesprochen
und diese Ankündigung von anderer Seite demontiert wor-
den ist, so haben alle diese Kombinationen den berechtigten
Kern, daß zwar keine offizielle Konferenz, wohl aber eine
ständige vertrauliche Fühlungnahme der fünf an-
der Erklärung vom 11. Dezember beteiligten Mächte, Japans
und der Sowjetunion notwendig sein wird, wenn die
öffentlichen Sitzungen der Konferenz erfrischend verlaufen
sollen.

Der französische Sicherheitsplan, der möglichst bald er-
örtert werden soll, wird die noch vorhandenen Schwierig-
keiten bereits voll in die Erscheinung treten lassen.

Daß die praktische Durchführung der deutschen Gleich-
berechtigung Schritt gegen die verächtlichsten Sa-
botageversuche wird erkämpft werden müssen, ergibt sich
schon jetzt aus der Haltung verschiedener kleinerer Mächte,
aus gewissen Pariser Auslegungsfunktionen und nicht zu-
letzt aus den jüngsten französischen Quertreibereien in der
Frage der entmilitarisierten Rheinlandszone.

Hilfe für Landarbeiter

Beschlüsse des Siedlungsausschusses des Reichstages.

Berlin, 24. Januar.

Im Reichstagsausschuß für landwirtschaftliches Sied-
lungswesen kam es zu scharfen Auseinandersetzungen zwi-
schen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten. Die natio-
nalsozialistischen Ausschussmitglieder protestierten gegen die
Berichterstattung sozialdemokratischer Zeitungen über die
letzten Ausschusssitzungen; es sei dort von „Volksbetrügereien
der Nationalsozialisten im Ausschuss“ gesprochen worden.
Wenn diese Art unwahrer Berichterstattung nicht aufhöre,
würden die Nationalsozialisten unter Umständen auch mit
Brachialgewalt antworten. Die sozialdemokratischen Abge-
ordneten wiederum wandten sich gegen die Erklärung der
Nationalsozialisten. Im weiteren Verlauf der Auseinander-
setzungen erluchte der Ausschussvorsitzende Abg. Schulze-
Lapaden (DnL) die Parteien, sich im Ausschuss eines Ver-
kehrstones zu befleißigen, der eine sachliche Weiterarbeit er-
mögliche.

Dann gab Regierungsrat Dr. Richter vom Reichs-
arbeitsministerium einen Ueberblick über die Entwicklung
der Darlehensgewährung aus der werkschaffenden Arbeits-
losenfürsorge für die Errichtung von Land- und Forst-
arbeiterheimen. Wenn man die Landflucht, die nach Be-
endigung der Inflation erneut eingeleitet habe, energisch be-
kämpfen wolle, dann müsse man zu diesem Zweck auch den
Bau von Landarbeiterwohnungen fördern.

Bis zum 1. Oktober 1932 seien rund 67 000 dieser Bau-
ten gefördert worden, wovon rund 41 000 Landarbeiter-eigen-
heime und über 25 000 Werkwohnungen waren. Reich und
Länder hätten seit der Inflation rund 275 Millionen Mark
als Baudarlehen für diese Zwecke ausgegeben. Für die Ver-
größerung der Landzulagen und die Umwandlung von
Werkwohnungen in Eigenheime seien im Haushaltsjahr 1932
6 Millionen Mark bereitgestellt. Das Reichsarbeitsmini-
sterium sei bemüht, neue Mittel für den Landarbeiter-woh-
nungsbau zu schaffen, die auch zur Vergrößerung bestehen-
der Stellen benutzt werden könnten.

Die Arbeitslosigkeit von Landarbeitern in Ostpreu-
ßen sei zum Teil die Folge falscher Anlage oder der
Ausschüttung der Güter im landwirtschaftlichen Siedlungsver-
fahren gewesen. Anzweifeln habe man sich bemüht, die Land-
zulagen zu vergrößern.

Nach längerer Debatte nahm der Ausschuss den ihm
vom Plenum überreichten sozialdemokratischen Antrag an,
der die Reichsregierung ersucht, die Rückzahlung der Dar-
lehensraten aus der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge zur
Errichtung von Land- und Forstarbeiterheimen auf 50 Jahre
zu verstellen, die Hälfte der am 15. November 1932 fällig
gewordenen Rückzahlungsraten zu erlassen und die bis dahin
rückständigen Raten bis zum Ablauf der Rückzahlungsfrist
zu stunden.

auf Antrag der Nationalsozialisten einstimmig beschlossen, sofort geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um Landarbeitnehmer in Untertagearbeiten mit voller Arbeitskraft umzuwandeln. Ebenso fand ein Ergänzungsantrag des Volksdienstes einstimmige Annahme, wonach den Land- und Forstarbeitern, die mit der Rückzahlung der Darlehenstraten aus der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge zur Errichtung von Landarbeiter-Eigenheimen während der Arbeitslosigkeit in Bezug kommen, die Verzugszinsen in Höhe von 2 v. H. über Reichsbankdiskont erhoben werden sollen.

Ein Zentrumsantrag bezog die einheitliche organisierte Durchführung der Untertageführung für Inhaber von Landarbeitnehmer sowie auch der landwirtschaftlichen Siedlung und Vereinheitlichung der Finanzierungsbedingungen, ein abgeänderter kommunistischer Antrag forderte, ein abgeänderter kommunistischer Antrag forderte, für die Zeit der Geltungsdauer des Vollstreckungsschlusses in der Landwirtschaft alle Zwangsmassnahmen und Zwangsverfügungen bei den Siedlern und den Land- und Forstarbeitereigenheimen zu unterlassen.

Dritter VVG-Räuber in Haft

Sich selbst gestellt. — Die VVG-Räuber verübten auch den Raubüberfall in Mariendorf.

Berlin, 24. Januar.

Von den fünf Verbrechern, die am 15. September einen Geldtransport der Berliner Verkehrsgesellschaft überfallen und dabei den 23-jährigen Inspektor Meyer erschossen haben, hat sich jetzt der 23-jährige Fritz Wientke auf dem Polizeipräsidium dem Kriminalkommissar Lissigkeit selbst gestellt. Damit befinden sich drei der Verbrecher in Haft. Wientke erklärte, er habe sich seit einigen Tagen in Berlin ohne jegliche Barmittel herumgetrieben und könne nun nicht mehr weiter.

Gelacht werden nunmehr noch Erich Achtenhagen und Alfons Hohlbeil.

Durch die am Sonntag erfolgte Festnahme des VVG-Räubers Willi Krebs ist es dem Kriminalkommissar Lissigkeit jetzt gelungen, den Raubüberfall aufzuklären, der am 13. Mai 1932 auf ein Lokal in Mariendorf verübt wurde und bei dem der Profuturist Sauer erschossen worden ist. Krebs gestand, mit dem noch flüchtigen Hohlbeil und dem bereits festgenommenen Hildebrandt die Tat ausgeführt zu haben.

Nach den Angaben des Krebs wollten die Verbrecher am 13. Mai ein Auto stehlen. Da sie aber keinen passenden Wagen fanden, so mieteten sie sich eine Kraftdrosche und zwangen in der General-Bape-Straße den Kraftwagenführer mit Waffengewalt, seinen Wagen zu verlassen. Nun setzte sich Krebs an das Steuer, und die Täter fuhren nach dem Berliner Vorort Mariendorf, wo sie dann vor dem Restaurant Tiesemann in der Großbeerenstraße hielten. Als sie im Lokal die beiden Kassen auf dem Büffet gesehen hätten, will ihnen erst der Gedanke gekommen sein, den Wirt zu überfallen und zu berauben. Während Hildebrandt und Hohlbeil den Ueberfall ausführten, will Krebs zum Kraftwagen gegangen sein, um diesen fahrbereit zu machen. Die beiden anderen zählten im Lokal angeblich die Beute zogen ihre Pistolen und schrien: „Hände hoch!“ Hierauf nahmen sie die beiden Kassen, schleppten sie zum Auto und fuhren in der Richtung Tempelhofer Damm. In Friedrichshagen entleerten sie im Walde die Kassen und fanden darin einen Geldebetrag von etwa 70 Mark. Erst am nächsten Tage will Krebs dann aus den Zeitungen erfahren haben, daß bei dem Ueberfall der Profuturist Sauer erschossen worden war. Die Schirmmütze, die damals am Tatort gefunden wurde, ist Eigentum des Krebs, die er beim Einsteigen in den Wagen verloren hat.

Hochzeit in Stolberg

Stolberg (Harz), 24. Januar.

Aus Anlaß der Hochzeit des Fürsten Wolf-Heinrich zu Stolberg-Stolberg mit Fräulein Irma Erfert, der Tochter eines Magdeburger Magistratsbeamten, stand die Stadt Stolberg im Flaggenjuch. Von der Verwandtschaft des Fürsten nahm nur die Schwester, Prinzessin Imagina, an der Hochzeit teil. Die Einwohnerstadt Stolbergs und der Grafschaft brachte dem jungen Paar einen Festzug dar, der auf dem Hofe des Schlosses endete. Während der dort

Abgabe eines Feuerwerks abgebrannt. In später Nachtstunde vereinigte sich die Bürgerchaft zu einem Umtrunk, den der Brautgast gependet hatte. Sämtlichen Unterstützungs-emphytern Stolbergs wurde eine Beispinde ausbezahlt. Am Hochzeitstag fand zunächst die standesamtliche Trauung und anschließend in der Schloßkapelle die Einsegnung des jungen Paares durch Domprediger Richter-Berlin statt. Am Nachmittag reiste das fürstliche Paar nach Süddeutschland ab.

Verhaftung an der Grenze

Deutscher Ingenieur verhaftet über die polnische Grenze geraten.

Gleiwitz, 24. Januar.

Der Geschäftsführer des Bundes technischer Angestellten, Ingenieur Jakob-Gleiwitz, wurde an der deutsch-polnischen Grenze hinter Poremba von den Polen verhaftet. Jakob hatte für eine illustrierte Wochenschrift einige Skizzen verfaßt, die er illustrieren wollte. Zu diesem Zwecke begab er sich in den Waldbezirk Poremba-Debrück-Schächte, um photographische Aufnahmen zu machen. Dabei geriet Jakob verhaftet einige Schritte über die deutsch-polnische Grenze. Ein polnischer Grenzbeamter, der ihn beobachtet hatte, verhaftete ihn. Jakob wurde in das Gefängnis nach Ruda und später nach Kattowitz gebracht.

Bei der bekannten Einstellung der Polen besteht die Gefahr, daß sie diese günstige Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, einen Spionagefall zu konstruieren, da Jakob beim Photographieren angetroffen wurde.

Dank an Berlins Polizei

Insgeheim erfolgten 118 Festnahmen. — 52 Kommunisten noch in Haft.

Berlin, 24. Januar.

Der Berliner Polizeipräsident Dr. Melcher hat allen Beamten der Schutzpolizei und der politischen Polizei seinen Dank für die pflichttreue und erfolgreiche Arbeit am Sonntag und seine besondere Anerkennung ausgesprochen.

Wie die Pressestelle des Polizeipräsidiums mitteilt, sind in den letzten 24 Stunden insgesamt 118 Personen festgenommen worden; 108 davon waren Kommunisten. Der größte Teil der Zwangsgestellten ist inzwischen wieder freigelassen worden. In Haft befinden sich noch 52 Kommunisten, die wegen unbefugten Waffensbesitzes, Veranstaltung verbotener Kundgebungen und wegen Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zur Verantwortung gezogen werden sollen.

Wie inzwischen noch bekannt wird, kam es bei dem nationalsozialistischen Aufmarsch auf dem Bölowplatz im Osten der Stadt zu einem aufsehenerregenden Zwischenfall. Als in größerer Trupp Nationalsozialisten eine Straße passierte, wurden plötzlich von mehreren Personen einige Oelfässer auf die Straße geschleudert und in Brand gesetzt. Die Täter ergriffen die Flucht und konnten unerkannt entkommen. Das Feuer konnte nach kurzer Zeit gelöscht werden. Personen wurden nicht verletzt. Bei der Durchsuchung der Straße wurde in einem Hausflur von der Polizei ein Eimer mit Benzol gefunden.

Kampf um die Oderakte

Deutsche Note an die beteiligten Mächte. — Begründung der deutschen Ablehnung.

Berlin, 23. Januar.

Nachdem die Verhandlungen über den Abbruch einer Oderakte, die im Verfall der Vertrag gefordert ist, seit nahezu 13 Jahren im Gange waren und im Sommer 1932 abgeschlossen wurden, hat jetzt die deutsche Regierung nach eingehender Prüfung des gesamten, sehr umfangreichen Materials den damaligen Standpunkt der deutschen Delegierten, die Akte nicht zu unterzeichnen, gebilligt und die Annahme der Akte abgelehnt. In einem Zulaufkommen war jeinzeit der 28. Januar 1933 als der letzte Termin für die Un-

terzeichnung bestimmt worden. Der deutsche Standpunkt, den die beteiligten Regierungen — das sind außer den deutschen Staaten Polen und der Tschechoslowakei nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages Frankreich, Schweden und Dänemark — in einer ausführlichen Erklärung mitgeteilt worden.

Zur Grundlage hat die Oderakte weiter die Bestimmungen über internationale Stromakte; derartige Bestimmungen im wesentlichen die Frage, inwieweit das betreffende Gebiet unter die Zuständigkeit einer internationalen Kommission gestellt wird. Im übrigen behandeln die allgemeine Regime für die in Frage kommenden Ströme und die gemeinsame Erhaltung der Freiheit und die Bestimmungen der beteiligten Schifffahrt. In den weiteren Bestimmungen wird die Organisation der Flußkommissionen ihre Zusammenlegung und ihr Sitz festgelegt, ferner die Vollregime und die Ordnung der Strompolizei, ferner sich auch alle noch mit der Stromregulierung zusammenhängenden Fragen.

Mahgebend für die Ablehnung der Oderakte durch Deutschland war vor allem die Tatsache, daß die Bestimmungen der Oderakte entgegen dem üblichen Aufbau jeder Abmachung eine ganze Reihe von einschneidenden politischen Bestimmungen enthält, die in ihrer Auswirkung eine Einschränkung der deutschen Souveränität bedeuten.

Im Schneesturm erfroren

Hirschberg, 24. Januar.

Aus dem Riesengebirge werden schwere Schneestürme gemeldet. Im Durchschnitt sind 30 Zentimeter Neuschnee gefallen. In den höchsten Lagen des Gebirges sank das Thermometer bis auf 23 Grad unter Null.

Bei dem Aufstieg von Hohenelbe nach den Schneefeldern verirrten sich zwei junge Leute und blieben erschöpft im Schneesturm liegen. Während der eine sich wieder aufrichten konnte und mit erfrorenen Gliedern die Pfade zurücklegte, konnte der andere später nur noch als Leiche gefunden werden. Der Verletzte und ein Arzt, dem ebenfalls der isotherme Kälte die Finger abgefahren waren, wurden ins Krankenhaus Hohenelbe eingeliefert werden.

Seltamer Zwischenfall in Brünn

Mißglückter Anschlag auf eine Kaserne.

Brünn, 23. Januar.

Vor der Kaserne des in der Brünn Vorstadt Eibenitz stationierten Infanterieregiments 43 hatten sich am Sonntag gegen 1 Uhr morgens etwa 50 junge Leute aus der Umgebung Brünns angelagert, die in die Kaserne einzutreten versuchten. Zwischen dem Militär und den Angreifern kam es zu einer Schießerei, bei der einer der Demonstranten getötet und mehrere andere verwundet wurden.

Ein Oberleutnant der Reserve namens Kobzinec aus Königsfeld, der in Brünn durch sein abenteuerliches Auftreten bekannt ist, trat in den letzten Tagen mit einigen falschlich genannten Verlonen aus der Umgebung von Brünn in Verbindung. Durch die Vorkriegslegung, es handelte sich um den Schutz einer falschlichen Verarmung, gelang es ihm, etwa 50 Verlonen zur Abfahrt in zwei Autobussen nach Brünn zu bewegen. In der Nacht gegen Sonntag überredete Kobzinec in einer Schlucht vor Brünn die Teilnehmer an seiner Expedition zu einem Angriff auf die Kaserne des Infanterieregiments 43 in dem Brünn Vorstadt Eibenitz.

Einige Teilnehmer dieses Unternehmens erkletterten die Hintermauer der Kaserne, und es gelang ihnen durch die Wache am Haupttor zu entkommen.

Auf ein Alarmzeichen trat den Abenteurern Militär und Polizei entgegen. Nach kurzem Geplänkel wurden die Angreifer unbeschädigt gemacht. Alle, die in die Kaserne eindringen wollten, wurden verhaftet. Die übrigen ergaben sich nach den ersten Schüssen die Flucht. Während des Geplänkels wurde einer der Teilnehmer des mißglückten Anschlages ein Arbeiter tödlich getroffen. Außerdem wurden zwei Arbeiter tödlich verwundet. Das Militär hat einen Schwer- und einen Leichtverwundeten zu befragen.

WOLFGANG MARKEN:

KARL der Kleine

WOLFGANG-MARKEN-SCHUTZ DURCH VERLAG Oskar Meister, WERBAU

(39 Fortsetzung.)

„Haben Sie bedacht, welchen Skandal es geben wird, wenn man in Montevideo erfährt, daß Sie ein Mädchen davon abgehalten haben, eine Braut Gottes zu werden?“

„Ich kenne die Gefahr! Wir müssen rasch fort von hier! Mit dem nächsten Schiff! Wir müssen Angelica auf ein Schiff bringen.“

„So schnell geht das nicht! Wir wollen sie einstweilen verstecken. Ueberlassen Sie das mir. Ich werde das Mädchen samt dem alten Gärtner verbergen. Ich miete für kurze Zeit eine der möblierten Villen, die am Rande der Stadt stehen.“

„Sie nehmen mir die ab, Gril! Ja, tun Sie es, bitte. Ich will inoffen Baptisi mit dem Brief zu ihr senden. Holen Sie bitte Angelica und Santos am Hauptpostgebäude in zwei Stunden ab.“

„Ja, das werde ich tun. Und für uns belege ich Zimmer im Imperial-Hotel.“

„Ich bitte Sie darum, liebe Gril!“

„Das Mädchen wird rot, als Karl so zärtlich „liebe“ Gril sagt.“

„Hast du den Brief besorgt, Baptisi?“

„Ja, Herr! Santos läßt danken und Ihnen sagen, daß er nach einem Wundschmerz bandeln wird!“

„Ich danke dir, Baptisi! Ist Senor Elmar nicht anwesend?“

„Nein, Senor, er wollte nach dem Hafen!“

„Es ist gut. Helfen Sie mir jetzt meine Sachen packen. Erfrachten Sie ihn der Diener an.“

„Senor... wollen Sie uns verlassen?“

„Ich muß, mein guter Baptisi! Man hat mir das Haus vermietet!“

„Das hat die Donna getan?“ Der Diener ist fassungslos.

„O Herr... sie wird sich befinden! Sie liebt Sie doch so sehr!“

„Donna Collenhouge ist verrannt in ihren Haß! Schade, guter Baptisi! Auch du warst mir lieb und wert, und ich werde gern an dich denken!“

„Herr... lassen Sie mich mit Ihnen gehen!“

Die dunklen Augen blickten.

„Guter Baptisi... ich bin nicht reich. Ich kann mir keinen Diener leisten.“

„O Herr... ich will nichts haben, als was ich brauche zur Nahrung und Kleidung. Ich fordere keinen Lohn!“

„Ich kann nicht, Baptisi. Aber vielleicht kommt die Stunde, da ich dich rufe!“

„O Herr... rufen Sie mich bald!“

Sie gehen ans Baden. Nach einer Stunde ist alles fertig. Auch Grilts und Thomas Koffer stehen gepackt.

Baptisi schleicht mit traurigem Gesicht, wie ein geprügelter Hund, die Sachen hinunter. Als ihm Karl einen Hundert-Pfennigsgeld geben will, schüttelt er den Kopf und sagt nur: „Herr... rufe mich bald. Das ist Geld, nicht Gold.“

Da gibt ihm Karl zum Gedenken eine silberne Zigaretten-dose. Die nimmt der treue Diener an, und sein Gesicht ist für einen Augenblick eitel Freude.

Die Dienerschaft ist in Unruhe. Sie hat gehört, daß sich die Herrin mit Karl überworfen hat. Es tut ihnen leid, daß nun die Freunde das Haus verlassen.

„Was ist betäubt am Steuer. Die Koffer werden verladen. Dann teilt Karl reiche Trinkgelder aus und springt in den Wagen.“

„Nach dem Hotel „Imperial“!“

So nahm Karl Abschied vom Palais Collenhouge. Eine Episode war vorüber.

Oben aber saß eine einsame alte Frau und weinte.

5.

Der Wagen hält vor dem Hotel. Bagen essen herbei und nehmen das Gepäck in Empfang. Karl gibt Juan einen Geldschein und drückt ihm herzlich die Hand.

Dann tritt er in die Hotelhalle.

An der Portiersloge erkundigt er sich, ob die Zimmer durch Senorita Halerton bestellt seien.

„Ja, Herr! Senor! Zweiter Stock. 87, 88 und 89. Für die Donna 89.“

„Danke, lassen Sie bitte die Koffer hinarbeiten.“

Mit dem Vfr. fährt Karl in die zweite Etage und bestet sein Zimmer auf.

Die Hotelleitung ist überrascht. Der Schützling der Donna Collenhouge, von dem man sagte, daß er einst ihr Vermögen erben werde, zieht ins Hotel!

Was hat das zu bedeuten?

Der Direktor, der mit Minister Guerra befreundet ist, teilt ihm das Ereignis telephonisch mit.

Guerra ist betroffen und erzählt die Neuigkeit seiner Tochter. Dolores erschrickt; sollte sich auch diese Partie als unrentabel herausstellen?

Guerra beschließt, Donna Collenhouge sofort aufzusuchen. Eigentlich möchte sie den Minister abweisen lassen, aber sie empfängt ihn doch. Sie will ihm eine Lieberbarmung besonderer Art bereiten.

Minister Guerra tut, als wenn er von nichts wüßte. Fräulein Collenhouge aber berichtet ungeschminkt, was geschehen ist. Sie merkt, wie Guerra erschrickt, und es tut ihr weh, einen Menschen zu quälen.

„Senor Collenhouge ist also alles andere als eine gute Partei!“ betont sie. „Ihr Gril, Don Guerra, daß die Lobung noch nicht öffentlich angehängt wurde. Ziehen Sie die Wort schleunigst zurück. Ich rate Ihnen gut. Von mir hat Senor Collenhouge nichts mehr zu erwarten!“

„Mühte das so weit kommen?“ forschte Guerra entsetzt.

„Er hat mich beleidigt, so schwer, daß ich es ihm nie vergeben kann.“

Guerra verläßt niedergeschlagen seine Gönnerin. Dolores ist wütend über alle Mähen, als sie ihre Vermutung bestätigt erhält und verlangt die sofortige Aufhebung der Verlobung.

Ihr Vater verspricht, es zu tun. Er hat einen großen Haß auf den unglücklichen Karl.

Der Minister sucht General Argente auf, den er gleichfalls in größter Aufregung findet.

Guerra fragt bestürzt, was geschehen ist.

„Die Pläne über die Grenzverteidigung gegen Argentinien sind gestohlen worden!“

Guerra ist außer sich.

„General... Sie hatten für die Papiere! Haben Sie die Polizei benachrichtigt?“

„Noch nicht! Ich will die Öffentlichkeit nicht vorantreiben. Ich habe einen Verdacht!“ (Fortf. folgt)

Diplomlandwirt Behrend.

